

Wintersession 2022

Sessionsrückblick - 1. Woche



Zibele-Märit

Am Montag der ersten Sessionswoche war für einmal fast kein Durchkommen in Bundeshauptstadt. Der Grund war ein ganz einfacher: Es fand der grösste Markt in Bern statt – der Zibelemärit. Dieser Markt wird immer am 4. Montag im November durchgeführt und ist nicht nur für Bernerinnen und Berner ein grosses Fest, sondern er gilt schweizweit und im nahen Ausland als einmaliges Ereignis in der Vorweihnachtszeit. Offiziell beginnt der Markt um 6.00 Uhr morgens, tatsächlich werden aber schon ab 4.00 Uhr die ersten Verkäufe getätigt. Kein Wunder also, drängten sich kurz vor Mittag, als ich mit dem Zug in Bern angekommen bin, zehntausende Menschen durch die Gassen Berns. Ein Teil des Zibelemärits ist übrigens die Konfettischlacht, welche eigentlich erst am späteren Nachmittag stattfinden sollte. Vorwiegend jüngere Besucher wollten sich aber nicht an die vorgegeben Zeiten halten.

Höchster Schweizer

Der Mitte-Politiker Martin Candinas (er ist wie ich Mitglied in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats) ist neuer Nationalratspräsident und damit für ein Jahr auch der höchste Schweizer. Der Nationalrat wählte den romanischsprachigen Bündner am Montag mit 181 von 188 gültigen Stimmen.

Zum ersten Vizepräsidenten wählte der Rat Eric Nussbaumer (SP/BL), mit 161 von 182 gültigen Stimmen. Neue zweite Vizepräsidentin ist die Aargauer Freisinnige Maja Riniker. Sie erhielt 131 von 167 gültigen Stimmen. 15 Ratsmitglieder stimmten für Daniela Schneeberger (FDP/BL), weitere 21 für verschiedene Personen.

Bundesratskandidaten: Anhörungen

Am Dienstag führten die Fraktionen von SVP, FDP, Grünen und GLP erste Anhörungen durch. Die SP-Kandidatinnen Eva Herzog und Elisabeth Baume-Schneider wurden von der SVP und den Grünen befragt. Die SVP-Kandidaten Albert Rösti und Hans-Ueli Vogt mussten bei der FDP und bei den Grünliberalen antraben.

Das Kurzfazit: Die Fraktionen lassen sich (noch) nicht in die Karten blicken. Die SVP will erst in einer Woche - vielleicht auch erst am Wahlmorgen - eine "mögliche Wahlempfehlung" für eine SP-Kandidatin abgeben. Die Grünen beschlossen Stimmfreigabe für die Nachfolge von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Baume-Schneider und Herzog seien beides ausgezeichnete Kandidatinnen, hiess es.

Auch das Rennen um die Nachfolge von SVP-Bundesrat Ueli Maurer ist weiterhin offen. Die FDP-Fraktion überlässt es ihren Mitgliedern, ob sie am 7. Dezember Rösti oder Vogt ihre Stimme geben. Die GLP hat noch nicht über eine eventuelle Wahlempfehlung für oder gegen einen der beiden abgestimmt.

Nächsten Dienstag findet die zweite Anhörungsrunde statt. Dann werden alle vier Kandidierenden bei der Mitte-Fraktion vorsprechen. SP und Grüne haben dann die beiden SVP-Kandidaten zu Gast. Herzog und Baume-Schneider sind gleichzeitig eingeladen, bei der FDP und der GLP vorzusprechen.

Budget-Debatte

Nach neunehalb Stunden Debatte, verteilt über drei Sitzungstage, hat der Nationalrat am Donnerstag das Bundesbudget für das kommende Jahr genehmigt. Gegenüber der Vorlage des Bundesrats nahm er nur wenige Änderungen vor. Die Schuldenbremse wird deutlich eingehalten.



Der Voranschlag, den der Bundesrat dem Parlament unterbreitet hat, sieht ordentliche Einnahmen von 79,8 Milliarden Franken sowie Ausgaben von 80,5 Milliarden Franken vor. Daraus ergibt sich ein ordentliches Finanzierungsdefizit von rund 669 Millionen Franken. Gemäss den Regeln der Schuldenbremse wäre aufgrund der konjunkturellen Lage ein Minus von bis zu 878 Millionen Franken möglich. Der Nationalrat nutzte diesen Spielraum während seiner Beratungen aus und erhöhte die Ausgaben um rund 15 Millionen Franken. Der Spielraum beträgt so noch 194 Millionen Franken.

Mehr Geld für Herdenschutz

Mit den Budgetaufstockungen will die grosse Kammer die Absatzförderung von Schweizer Wein verstärkt fördern, den Herdenschutz ausbauen, einheimische Nutztierassen vermehrt schützen, die Staffel-Weltmeisterschaften 2024 in Lausanne unterstützen und die Meldestelle für Ethikverstösse im Sport mit etwas mehr Geld versorgen. Der Nationalrat folgte in der traditionell angeregten Debatte in allen Punkten seiner vorbereitenden Finanzkommission (FK-N). Nur einmal - beim Posten zu den Nutztierassen - setzte sich eine Kommissionsminderheit durch. Alle Kürzungsanträge der SVP (im Umfang von einer Milliarde Franken) und auch weitere Aufstockungsanträge der Ratslinken scheiterten. In der kommenden Woche ist dann auch der Ständerat gefragt. Seine Finanzkommission beantragt in weiteren Teilen dieselben Aufstockungen, die der Nationalrat genehmigt hat. Anders als die grosse Kammer will die Ständeratskommission die Mittel für die Beschaffung der Covid-19-Impfstoffe kürzen. Hier könnte es eine Differenz geben.

Dunkle Wolken am Horizont

Klar ist, dass Mitte Dezember ein Budget stehen muss, das die Regeln der Schuldenbremse einhält. Dieses Jahr dürfte das ohne Probleme und grosse Streitereien über die Bühne gehen. Künftig könnte dies aber ändern. Die finanziellen Perspektiven für den Bundeshaushalt sind düster. In der allgemeinen Aussprache zu Beginn der Budgetdebatte am Dienstag mahnten vor allem bürgerliche Politikerinnen und Politiker zu Ausgabendisziplin. Kommissionssprecherin Anna Giacometti (FDP/GR) wiederholte, was Finanzminister Ueli Maurer seit Monaten immer wieder predigt: "Es besteht dringender Bereinigungsbedarf." Bundesrat und Parlament müssten sofort handeln. Im schlechtesten Fall könnte das Finanzierungsdefizit bis 2026 auf sieben Milliarden Franken steigen, wie Finanzminister Maurer im Sommer warnte. Die Landesregierung will im nächsten Frühling Massnahmen im Hinblick auf das Bundesbudget 2024 vorlegen. Steuererhöhungen sind laut Giacometti keine Option, weil es dafür eine Verfassungsänderung bräuchte. Die Ansichten, wie auf die schwierige Haushaltslage reagiert werden soll, gehen je nach Fraktion aber deutlich auseinander. Die Diskussionen dürften im kommenden Jahr weitergehen.

Mehr Mitsprache gefordert

Neben dem Voranschlag 2023 und dem Finanzplan 2024 bis 2026 beschäftigen sich die Räte in der laufenden Wintersession auch mit den Nachtragskrediten für das zu Ende gehende Jahr. Der Nationalrat genehmigte als Erstrat sämtliche vom Bundesrat beantragten Nachtrags- und Zusatzkredite sowie die Nachmeldungen. Die Nachtragskredite belaufen sich auf insgesamt knapp 1,8 Milliarden Franken und betreffen in erster Linie die Migration aufgrund der Ukraine-Krise (1,2 Milliarden Franken), das Reservekraftwerk im aargauischen Birmensdorf (191 Millionen Franken) und die Passivzinsen (135 Millionen Franken). 100 Millionen Franken sind zudem für die Winterhilfe in der Ukraine vorgesehen.

Künftig wollen die Finanzkommissionen früher einbezogen werden, wenn grössere, neue Ausgaben anstehen - und Einfluss nehmen. Die Nationalratskommission arbeitet an einer entsprechenden Vorlage. Heute können die Finanzkommissionen nur dann Anträge stellen, wenn die Mehrausgaben vom Bundesrat kommen.



Nationalratspräsident Martin Candinas feiert in Disentis

Zu Ehren des frisch gewählten Nationalratspräsidenten hat am Mittwoch eine Feier stattgefunden.



Eigentlich stammt Martin Candinas aus dem Dörfchen Rabiis, weil es dort aber keinen genügend grossen Saal gab, fand die Feier in Disentis statt. Trotz wolkenverhangenem Himmel meinte es Petrus gut mit den versammelten Gästen bei der Feier für den frisch gewählten Nationalratspräsidenten. Die Wolken hielten dicht. Mit Applaus und Klängen von regionalen Musikgesellschaften wurde Candinas am Bahnhof Disentis empfangen. Er und eine mitgereiste Delegation aus Bern, die u.a. mit dem Glacier-Express zum Festort fuhren, begaben sich zur Feier in die Klosterkirche Disentis, wo ein

abwechslungsreiches Programm zu Ehren des Nationalratspräsidenten auf sie wartete.

Beim Apéro auf dem Klosterplatz waren sich die Anwesenden einig: Das Fest zu Ehren des frisch gewählten Nationalratspräsidenten war nicht nur gelungen – sondern ganz einfach «marviglius». Gegen Abend ging die Reise dann noch weiter nach Chur, wo die Feier in der Stadthalle ausklang. Und irgendwann nach Mitternacht erreichte der Extrazug (und ein ziemlich müder Ausserrhoder Volksvertreter) die Bundeshauptstadt.



OECD-Mindeststeuer

Der Bund soll nach dem Willen des Nationalrats die Hälfte der Mehreinnahmen aus der Umsetzung der OECD-Mindeststeuer für international tätige Konzerne erhalten. Die grosse Kammer hat am Donnerstag einem entsprechenden Antrag zugestimmt. Im Grundsatz hiess der Nationalrat damit einen Vorschlag seiner Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) gut.

Hinter der hälftigen Aufteilung stand auch die Finanzkommission des Nationalrats (FK-N). Die WAK-N hatte in der Vorberatung allerdings eine Präzisierung hinzugefügt: Demnach hätte der Anteil eines Kantons an der Ergänzungssteuer eine Obergrenze von 400 Franken pro Einwohnerin und Einwohner nicht überschreiten dürfen. Der Rat strich diese Bestimmung aber. Mit seinem Beschluss stellt sich der Nationalrat gegen den Ständerat. Dieser hatte sich im September dafür ausgesprochen, 75 Prozent der Erträge den Standortkantonen der betroffenen Unternehmen Kantonen zukommen zu lassen und 25 Prozent dem Bund. Für diese Lösung setzte sich auch eine Minderheit der vorberatenden Kommission ein, sie fand allerdings keine Mehrheit.



Volksabstimmung wirft Schatten voraus

Die Befürworterinnen und Befürworter einer hälftigen Aufteilung argumentierten insbesondere, die Volksabstimmung zum neuen Verfassungsartikel könne nur mit einer ausgeglichenen Verteilung der Erträge gewonnen werden. Auch drohe ohne diese die Schere zwischen Tief- und Hochsteuernkantonen weiter aufzugehen. "Diese Volksabstimmung müssen wir gewinnen", sagte etwa Markus Ritter (Mitte/SG). Es gelte darum, Brücken zu bauen. Finanzminister Ueli Maurer beschrieb die Lösung des Ständerats als sorgfältig austarierten Kompromiss von Bund und Kantonen. Der Antrag der Kommissionsmehrheit gefährde die Solidarität, warnte er ohne Erfolg. Es fließe damit weniger Geld in den Finanzausgleich.

Rund 2000 Unternehmen betroffen

Im Zentrum der OECD/G20-Steuerreform steht eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent für alle Unternehmen mit einem Umsatz über 750 Millionen Euro im Jahr. Betroffen von der Reform sind laut dem Bundesrat in der Schweiz rund 2000 Unternehmen. Nicht unter die neue Regelung fallen 600'000 rein national tätige KMU. Der Bundesrat will die neuen Regeln mit einer Ergänzungssteuer umsetzen. Über die dafür nötige Verfassungsänderung werden Volk und Stände voraussichtlich im Frühsommer 2023 abstimmen.

In der Gesamtabstimmung nahm der Rat den entsprechenden Bundesbeschluss mit 127 zu 43 Stimmen bei 18 Enthaltungen an. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Bern, im Dezember 2022

David Zuberbühler